

Alternative '76 – CDU

Unsere Politik für Deutschland

UiD-Interview mit dem Generalsekretär der CDU,
Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, zur „Mannheimer Erklärung“

Frage: *Am 5. Juni 1975 hat die CDU eine „Mannheimer Erklärung“ veröffentlicht. Was ist der Sinn und Zweck dieser Erklärung?*

Prof. Biedenkopf: Mit dieser Erklärung, die dem bevorstehenden Bundesparteitag in Mannheim zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird, nimmt der Bundesvorstand Stellung zu den wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart. Eine große Partei wie die CDU muß als entscheidende politische Kraft immer wieder verdeutlichen, welche Ziele sie anstrebt und wie sie diese Ziele zu verwirklichen gedenkt. Nur so kann der Wähler entscheiden, bei welcher Partei die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland in den besseren Händen ist. Darüber hinaus ist es aber auch für die Partei selbst von Bedeutung, daß sie sich regelmäßig Rechenschaft über ihren politischen Kurs gibt.

Frage: *In der Öffentlichkeit wurde besonders stark der Hinweis auf die „Neue Soziale Frage“ beachtet. Was ist darunter zu verstehen?*

Prof. Biedenkopf: Wir verstehen unter der Neuen Sozialen Frage eine Vielzahl drängender gesellschaftspolitischer Aufgaben, die bisher kaum als solche erkannt, geschweige denn gelöst worden sind. Sie haben ihre gemeinsame Ursache in gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Die bisherige gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ist beherrscht von dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Wir unterschätzen die Bedeutung dieses Konflikts keineswegs. Arbeit und Kapital stehen sich jedoch heute in diesem Land in wohlorganisierten Interessenverbänden gegenüber, die nicht nur die jeweiligen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern sich auch gegenüber den nichtor-

ganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten. Diese Gruppen: alte Menschen, Nichterwerbsfähige, Mütter mit kleinen Kindern — um nur einige zu nennen — können ihre berechtigten Interessen aus eigener Kraft in unserer Gesellschaft nicht durchsetzen. Ihre Interessen müssen deshalb verstärkt vom Staat und den Parteien wahrgenommen werden. Diese Aufgabe ist vor allem von der Bundesregierung seit 1969 vernachlässigt worden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Lösung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital allein nicht ausreicht. Zugleich muß die Neue Soziale Frage gelöst werden.

Frage: *Teilen Sie die vielfach geäußerte Meinung, daß die Hinwendung der CDU zu dieser Neuen Sozialen Frage praktisch das Kernstück der Erklärung ist?*

Prof. Biedenkopf: Die Behandlung der Neuen Sozialen Frage gehört zu den wichtigsten Aussagen der Erklärung. Als ihr Kernstück kann man sie nicht bezeichnen. Vielmehr gibt es in der Mannheimer Erklärung eine Reihe politischer Feststellungen und Aussagen, die gleichgewichtig nebeneinanderstehen. Ich verweise hier ausdrücklich auf den Komplex der Außenpolitik mit seinen deutschland-, europa- und entwicklungspolitischen Konzeptionen und auf die Bereiche Wirtschaft sowie Staat und Gesellschaft. In allen diesen Bereichen finden sich wegweisende politische Aussagen. Besonders Gewicht hat jedoch aus meiner Sicht die in der Erklärung nachdrücklich betonte Verbindung von Innen- und Außenpolitik. Die Koalitionsregierung, aber auch die Opposition haben in den letzten Jahren diese Verbindung nicht genügend beachtet.

Frage: *Wie ist das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik nach Auffassung der CDU zu sehen und inwieweit weicht sie damit vom Kurs der Bundesregierung ab?*

Prof. Biedenkopf: Die gegenwärtige Bundesregierung versucht, Innen- und Außenpolitik möglichst unverbunden nebeneinander her zu betreiben. So trifft sie Wirtschaftsvereinbarungen ohne Rücksicht auf unsere außen- und sicherheitspolitischen Bedürfnisse oder sie läßt europapolitische Erfordernisse fallen, wenn dies kurzfristige Erleichterungen an der gesellschaftspolitischen Front verspricht. Aus der Sicht der CDU müssen Außen- und Innenpolitik in einem Gleichgewicht stehen, das an unseren nationalen Interessen ausgerichtet ist. Dieses Gleichgewicht ist zur Zeit gestört. Insbesondere sind außen- und sicherheitspolitische Versäumnisse unübersehbar. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik gerät zunehmend in Widerspruch zur tatsächlichen weltpolitischen Lage.

Frage: *Durch welche praktischen Maßnahmen will die CDU diesen Widerspruch ausräumen?*

Prof. Biedenkopf: Die wichtigste und grundlegendste Maßnahme ist die umfassende Unterrichtung der Bevölkerung über die tatsächliche Lage in unserem Land, in

Europa und in der Welt. Die Regierung hat die Öffentlichkeit hierin den letzten Jahren bewußt in die Irre geführt. Die Bevölkerung ist deshalb völlig unzureichend informiert über die ständig wachsende militärische Bedrohung unseres Landes durch die Warschauer-Pakt-Staaten. Die Schwierigkeiten der Ostpolitik werden bemäntelt. Die Regierung sagt nicht, daß es zu einem geeinten Europa überhaupt keine sinnvolle Alternative mehr gibt. Die Bedeutung der Entwicklungspolitik ist weithin unbekannt. Aus der Sicht der CDU muß die Öffentlichkeit gründlich und rückhaltlos informiert werden, damit sie besser als bisher bereit ist, unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit dienstbar zu machen für den Schutz unseres Landes vor äußerer Bedrohung und der Überwindung von Not, Elend und schwerwiegenden Ungerechtigkeiten in der Welt. Beides ist die Voraussetzung für die Sicherung unserer Freiheit und unseres Wohlstandes.

Frage: *Die wirtschaftliche und konjunkturelle Lage bietet nach der gemeinsamen Auffassung von Bundesregierung und Opposition kaum Anlaß zu Optimismus. Wie will die CDU die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden?*

Prof. Biedenkopf: Ich darf hier hinzufügen: Die Bundesregierung hat ihre realistischere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage erst nach Abschluß der Landtagswahlen wiedergefunden. Bis dahin stand der Aufschwung angeblich unmittelbar bevor. Dies ist eines von vielen Beispielen für die soeben von mir erwähnte Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Regierung. Doch nun zu Ihrer Frage. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten können selbstverständlich nicht mit einem Federstrich oder mit ein, zwei Maßnahmen überwunden werden. Vielmehr ist hierzu eine von Grund auf neue Wirtschaftspolitik erforderlich. Wir haben diese Politik in ihren Grundzügen in der Mannheimer Erklärung beschrieben. Die zentralen Aussagen sind: Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft, Verbesserung der Investitionskraft der Wirtschaft und Ausrichtung der Geldmenge, der öffentlichen Haushalte und der Lohn- und Gehaltssteigerungen am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen.

Frage: *In der Mannheimer Erklärung fällt auf, daß die Reform der Mitbestimmung, der Vermögensbildung und der beruflichen Bildung sehr knapp behandelt werden. Hat die CDU das Interesse an diesen Fragen verloren oder sieht sie sich nicht in der Lage, im gegenwärtigen Zeitpunkt konkrete Antworten auf diese Fragen zu geben?*

Prof. Biedenkopf: Die CDU hat weder das Interesse an diesen Fragen verloren noch sieht sie sich außerstande, diese Fragen konkret zu beantworten. Ihre eindeutigen und konkreten Antworten erfolgten vielmehr auf dem Hamburger Parteitag im November 1973. Wir haben in unserer Mannheimer Erklärung ausdrücklich auf die damaligen Beschlüsse verwiesen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Die fadenscheinige Behauptung der SPD, die Mannheimer Erklärung beweise, daß

wir in den angesprochenen Bereichen nichts zu bieten haben, verfolgt offensichtlich den Zweck, von ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken, diese Fragen zukunftsweisend zu regeln.

Frage: *Die deutliche Hinwendung der CDU zu den — wie es heißt — „Schwachen in der Gesellschaft“ erweckt neue, insbesondere auch finanzielle Erwartungen. Besteht hier nicht die Gefahr, daß die CDU in eine ähnliche Lage gerät wie jetzt die SPD mit ihren unerfüllbaren Reformversprechen?*

Prof. Biedenkopf: Die Hinwendung zu den wirklich Schwachen in der Gesellschaft, also die Lösung der Neuen Sozialen Frage, ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes. In der Mannheimer Erklärung heißt es deshalb auch, daß die Lösung der neuen sozialen Probleme vor allem die Verbesserung der sozialen Wirksamkeit der eingesetzten Mittel erfordere. Künftig müssen wir besser als bisher Erwartungen, Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft miteinander in Einklang bringen. Dies heißt nicht, daß soziale Leistungen abgebaut werden sollen. Das genaue Gegenteil ist richtig. Durch den wirtschaftlich sinnvollen und gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel wollen wir sicherstellen, daß unser System der sozialen Sicherheit auch in Zukunft funktioniert. Die Überbelastung dieses Systems durch die gegenwärtige Regierung, vor allem durch die verheerenden Folgen der Inflation, ist eine außerordentlich ernste Bedrohung unserer sozialen Sicherheit.

Frage: *Die SPD behauptet, in der Mannheimer Erklärung werde ein überholtes antikommunistisches Feindbild wiederbelebt. Wie sehen Sie das?*

Prof. Biedenkopf: Mir ist unverständlich, wie ein verantwortungsbewußter Politiker die genaue Beschreibung eines unbestreitbaren Zustandes als „antikommunistisches Feindbild“ abtun kann. Die Bürger täten sicher gut daran, die Worte und Taten dieser Politiker künftig sehr genau zu beobachten. Wer nicht mehr wagt, eine Bedrohung eine Bedrohung zu nennen, ist zweifellos kein Garant für unsere Sicherheit und Freiheit.

Frage: *Herr Professor Biedenkopf, können Sie unseren Lesern in wenigen Worten sagen, was nach Ihrer Meinung die Schwerpunkte der Mannheimer Erklärung sind?*

Prof. Biedenkopf: Ich habe bereits auf den engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik sowie auf die stärkere Betonung unserer außen- und sicherheitspolitischen Interessen hingewiesen. In der Mannheimer Erklärung ist anhand der Deutschland- und Ostpolitik, der Europapolitik, des Atlantischen Bündnisses, unserer Außenwirtschaftspolitik und unserer Entwicklungspolitik konkret dargelegt, wie diese Politik im Außenverhältnis gestaltet werden muß. In einem zweiten Teil wird die Innenpolitik beschrieben, die die notwendige Ergänzung einer solchen Außenpolitik ist. Die Schwerpunkte sind hier: der Bereich der Wirtschaft, die Gesellschaftspolitik und das Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Die Mannheimer Erklärung im Spiegel der Presse

Presse, Hörfunk und Fernsehen haben sich in Berichten und Kommentaren ausführlich mit der „Mannheimer Erklärung“ befaßt. Nachfolgend Auszüge:

Kölner Stadt-Anzeiger:

Das Strategiepapier des CDU-Bundesvorstandes deutet durch seine starke Hervorhebung innenpolitischer Richtungsfragen einen interessanten Ansatz zur Erneuerung der Oppositionspartei an. Seit Helmut Kohl an ihrer Spitze steht, bemüht er sich mit seinen engsten Vertrauten darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Partei auf zweierlei Weise zu verbessern: durch einen Ausbau des Angebots an innen- und gesellschaftspolitischen Zielen; zum anderen durch den Abbau eines außenpolitischen Prinzipienstreits mit den Regierungsparteien.

Abendzeitung (München):

Seit gestern weiß man, was man in den nächsten Jahren von der CDU zu halten hat. Denn mit einer Eile, die nun doch überrascht, hat der Bundesvorstand seine „Mannheimer Erklärung“ veröffentlicht. Sie muß auf dem Bundesparteitag vom 23. bis 27. Juni vom Parteivolk noch abgesehen werden.

Die Grundkonzeption des Papiers läßt sich als konservativ-reformerisch kennzeichnen. Die CDU hat erkannt, daß sie nicht mehr eine Wirtschaftspolitik betreiben kann, wie sie etwa Ludwig Erhard betrieb, wenn man auch den alten Namen „soziale Marktwirtschaft“ beibehielt. Die Rolle des Staates wird hervorgehoben, doch nicht als allmächtiger Verteiler materieller Güter, sondern als der Garant der Initiative des Bürgers. Dem Bürger wiederum wird zugemutet, Opfer für die Allgemeinheit zu bringen.

Dabei liegt der CDU die Neue soziale Frage der Vertretung nicht organisierter Interessen besonders am Herzen. Sie wird so formuliert: „Ein Staat, der sich bedingungslos mit dem Produzenteninteresse — sei es auf seiten des Kapitals oder auf seiten der Arbeitnehmer — verbindet, ist hierzu außerstande.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

Wer Zahnschmerzen von programmatischer Phraseologie der Parteien bekommt, wird sich von der Lektüre des „Strategie-Papiers“ der CDU dispensieren müssen. Wer aber hinter tönendem Erz und klingender Schelle auf Feinheiten horcht, kann auf seine Kosten kommen. Es ist beispielsweise wichtig, daß die CDU verspricht, sie werde als Regierungspartei ihr Verhältnis zur DDR in erster Linie am Urteil des Verfassungsgerichtes zum

Grundvertrag orientieren, das ihre bayrische Schwesterpartei in Karlsruhe erwirkte. Ähnlich bedeutsam ist die bekundete Haltung zur Entwicklungspolitik: Priorität sollen Pläne haben, die das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle in Europa abbauen; danach kann für die „vierte Welt“ — was immer das sei — etwas abfallen, während die bisher vielgenannte „dritte“, weil schon weiter fortentwickelt, auf den Weg des Handels verwiesen werden soll. Das durchzuhalten wird viel Stehvermögen erfordern; aber die leeren Kassen, die ein Bundesfinanzminister der CDU — oder CSU — vorfände, werden vermutlich dazu verhelfen. Schließlich wird die Union in erklärtem Gegensatz zur Sozialdemokratie die Erweiterung staatlicher Hilfeleistungen, gemeint sind wohl auch Sozialleistungen, nicht für gesellschaftlichen Fortschritt halten. Hoffentlich vergißt sie es nicht schon im Wahlkampf.

Die Welt:

Wer den Schwulst linker Programmatik kennt, der die Ganglien der SPD durchwältzt und Theoriediskussionen zu Veranstaltungen der Unlust macht, wird die Sprache der CDU als klar und ihren Realitätsbezug als dicht empfinden. Die Partei widmet sich dem Staat und der Gesellschaft ohne Konflikt-Absichten.

Die gesellschaftliche Harmonie, die im liberal-sozialen Impetus angestrebt ist, wird nicht technokratische und nicht als Räderwerk des Individualismus gedacht, sondern fordert den Kompromiß, die Einigung, die als Krönung der unvermeidlichen Konflikte betrachtet und für möglich befunden wird. Die CDU spricht von gesellschaftlicher Aussöhnung. Das ist wohlthuend, realistisch, christlich.

Braunschweiger Zeitung:

Wollte man das Ergebnis der langwierigen Diskussion in den Kommissionen der CDU-Führung auf einen Nenner bringen, so läge die Bezeichnung „Anti-SPD-Papier“ nahe. An vielen Stellen wird der Gegensatz zu sozialdemokratischer Politik deutlich herausgearbeitet.

Die schärfsten „Anti-SPD“-Thesen finden sich vor allem im innenpolitischen Teil. Die Interessen-Verbindung von Anteilseignern, Gewerkschaften und Managern „zu Lasten der Verbraucher und der Allgemeinheit“ wird als neuer Konfliktstoff herausgearbeitet. Und dem Staat wird zur ersten Pflicht gemacht, sich um die sozial Schwachen zu kümmern und um alle, die ihre Interessen nicht organisiert zur Geltung bringen können.

Allgemeine Zeitung, Mainz:

Die CDU scheint aus den Fehlern von 1972 gelernt zu haben. Als sie sich bei der letzten Bundestagswahl weithin nur auf polemisches Reagieren gegenüber der sozial-liberalen Politik und auf penetrantes Schwarzmalen der Wirtschaftsentwicklung beschränkte, sah eine Mehrheit der Wähler keine Veranlassung, den Machtwechsel in Bonn zu ermöglichen. Selbst unschlüssig gewordene

Bürger entschieden sich schließlich für das vermeintlich kleinere „Übel“ der schlingenden Regierung Brandt, weil die Opposition keinen sichtbaren Halt zu bieten schien. Das, was Kohl und Biedenkopf jetzt als neues „Strategiepapier“ der CDU vorgelegt haben, und das nach Absegnung durch den Mannheimer Parteitag in drei Wochen Grundlage der Wahlkampfplattform für 1976 werden soll, markiert sachliche Gegenpositionen zum gegenwärtigen Regierungskurs.

Saarbrücker Zeitung:

„Reformunfähigkeit“, das ist gewiß der härteste Vorwurf, der der Bonner Koalition gemacht werden kann. Schließlich ist sie mit illuminierten Reformvorstellungen angetreten und hat Honig daraus gesogen, daß sie endlich und gründlich die Welt verändern und dem Leben Qualitäten bescheren werde. Inzwischen sind die Lichter aus. Maß und Ziel sind ins Mißverhältnis geraten. In diese verbreitete Stimmung stößt das Strategiepapier der CDU.

Der Versuch, einem wuchernden Staat in einer sozial unausgewogenen Gesellschaft zugunsten der freien Person zu wehren, Staat und Gesellschaft so zu bauen, daß sie vom Widersacher zum Sachverwalter des Menschen werden, ist ein liberales, ja auch ein religiöses Grundanliegen. In der heutigen Welt ist es weithin durch Spielarten des Sozialismus zurückgedrängt und in die Theorie verwiesen. Auch von daher sollten Aktualität und Bedeutung des von der CDU angeschlagenen Themas ermessen werden: Wie kann sich im Angesicht der Machtkolosse der David Mensch frei behaupten!

Rheinische Post:

Der Inhalt des 41 Seiten umfassenden Auswahl- und Prioritätskataloges unverzichtbarer Grundsätze christlich-demokratischer Politik ist ernstzunehmen und diskussionswürdig. Vor allem, weil erstmalig in aller Deutlichkeit die Frage gestellt wird, ob sich die Probleme der Nicht-Organisierten und Sozial-Schwachen in unserer Gesellschaft noch allein nach dem alten Schema und Konfliktlösung zwischen Kapital und Arbeit bewältigen lassen.

Deutsches Fernsehen:

„... Was die CDU heute vorgelegt hat, läßt sich guten Gewissens als reformerisch-konservativ kennzeichnen. Aufbauend auf Prinzipien, die sich in der eigenen Regierungszeit bewährt haben, verschließt sie sich dennoch nicht der Einsicht, daß mit liberaler Selbsthilfe allein dem Bürger in einer Massengesellschaft nicht geholfen ist. Will man die 40 Seiten Text auf einen Nenner bringen, so könnte man sagen: Die Mannheimer Erklärung hat den Staat wiederentdeckt. Doch dieser wiederentdeckte Staat ist nicht der Staat der SPD . . . Die CDU scheint eingesehen zu haben, daß der Staat die Grenze seines verteilenden Leistungsvermögens erreicht hat. Sie baut daher wieder auf den Bürger und fordert . . . mehr individuelle Opfer für das Allgemeinwohl . . . Jedenfalls ist damit . . . eine Alternative sichtbar. Einen Wahleltopf wird es 1976 nicht geben . . .“

Südwestfunk II:

„... Diese Erklärung der Union soll nicht nur der parteiinternen Diskussion Denkanstöße geben, auch die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner werden durch neue Elemente, vor allem aus dem Bereich der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik, belebt werden. Würde aus diesem Papier manche Leerformel gestrichen werden und würden etliche Konkretisierungen vorgenommen werden, wäre die Lektüre einprägsamer und wirkungsvoller. Zum Beispiel hätte man sich gewünscht, daß die Union — mehr als dies geschehen ist — sich mit der Politik der Gewerkschaften auseinandergesetzt hätte. Denn die nahezu totale Identifikation des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der jetzigen Bundesregierung schafft eine politische Situation, die in einer Alternativpolitik von der Union deutlich definiert werden sollte.“

Deutschlandfunk:

Das Ganze ist geradezu ein Meisterstück systematischer, gründlicher und logischer Denkarbeit mit einer glasklaren Analyse der veränderten politischen Weltlage, mit der Beschreibung der veränderten innenpolitischen Landschaft, mit den sich daraus logisch ableitenden Aufgaben . . . und den grundsätzlichen Leitlinien, die der künftigen Politik der CDU zugrunde liegen sollen. Das sind Leitlinien, die sich vom politischen Gegner schwerlich zum Wahlkampfbild der altmodischen reaktionären Partei von gestern zurechtbiegen lassen . . . Da ist nichts zu spüren von der Nostalgie nach der guten alten Zeit, nichts vom alten Groll gegen die Ostverträge . . .

Und so sieht die SPD die Erklärung:

Das heute von der CDU vorgelegte „Strategie“-Papier ist ein zentraler Angriff auf die Politik der sozialen Sicherheit, die von der sozial-liberalen Koalition konsequent vorangetrieben wird. Es stellt den Sozialstaat als ganzes in Frage und soll eindeutig die ideologische Begründung für eine soziale Demontage in der Bundesrepublik Deutschland liefern. Es ist schlicht heuchlerisch, angeblich für den „kleinen Mann“ einzutreten und gleichzeitig unverblümt den Abbau von sozialen Leistungen zu fordern.

Weil die CDU auf die realen sozialen Fragen keine Antwort geben kann, erfindet sie einfach eine neuen Begriff: Die „Neue Soziale Frage“ wird eingeführt, um die eigene Konzeptionslosigkeit und Handlungsunfähigkeit im Bereich der großen gesellschaftspolitischen Reformaufgaben zu verdecken. Dabei ist es dann nur konsequent — auch wenn dies nur in verklausulierter Form gesagt wird —, daß die CDU die Gewerkschaften als wirkungsvolle Arbeitnehmervertretung eigentlich für überflüssig hält.

Das CDU-Papier ist mithin nichts anderes als ein sorgfältiges verpacktes Sonthofener Programm. Damit hat der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl auch im sachpolitischen Bereich kapituliert.

Kommentar überflüssig.